

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 08.02.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0011

Prüfung der ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Kohlekraftwerkes erforderlich!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bekennen sich zum Standort Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) als dezentraler Stromerzeugungsstätte in kommunaler Hand.
2. Das Vorhaben der KMW, ein groß dimensioniertes Kohlekraftwerk zu errichten, wird kritisch bewertet. Die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens wie auch die möglichen Alternativen sollen vom Betreiber KMW AG geprüft und vorgelegt werden. Auch die ESWE-Versorgungs-AG soll sich an diesen Prüfungen beteiligen.
3. Für die beteiligten Unternehmen muss vor weiteren Entscheidungen die Klärung folgender Aspekte, gerade vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verändernden Faktenlage, erfolgen:
 - a) Ob die Wirtschaftlichkeit eines KHKW angesichts einer möglichen deutlichen Kostenerhöhung noch gegeben ist;
 - b) der Gesellschaftsrechtliche Einfluss der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Beteiligungsgesellschaft ESWE-Versorgung auf die KMW und die beabsichtigte Betreibergesellschaft;
 - c) die technische Umsetzbarkeit angesichts der Bindung von Baukapazitäten durch das Oligopol der vier großen Stromkonzerne;
 - d) ob die Freistellungszusage von Verschmutzungszertifikaten der Bundesregierung langfristig gesichert ist, oder es in Folge der aktuellen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, den Klimaschutz wirkungsvoller zu steuern, Änderungen in der Zuteilung von Verschmutzungszertifikaten und damit zu weiteren Mehrkosten kommt;
 - e) ob in der wirtschaftlichen Planung Veränderungen des Strompreises auf dem Markt nach unten berücksichtigt sind, die sich aus der von Eu gewollten Liberalisierung des Strommarktes ergeben können.
4. Der Magistrat der LHW wird aufgefordert, alles rechtlich Zulässige zu tun, damit das Verwaltungsverfahren zur Genehmigung eines KHKW auf der Ingelheimer Aue erst nach Klärung oben genannter Fragen fortgesetzt wird.
Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Mitglieder der Aufsichtsräte von ESWE-Versorgung und KMW, sich für ein Moratorium einzusetzen, damit keinerlei Bauentscheidung fällt, solange die unter 2 und 3 genannten Fragestellungen nicht zufrieden stellend geklärt wurden.

Beschluss Nr. 0057

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2007 betr.

Prüfung der ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen
des Kohlekraftwerks erforderlich!

hat durch den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 08.02.2007 seine Erledigung gefunden (s. dazu Beschluss Nr. 0058 zu Vorlage Nr. 07-F-24-0002).

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2007

Dezernat I, Dezernat III und Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister